

# Die MENA-Politik der Europäischen Union

Moralischer Anspruch und politische  
Wirklichkeit im Arabischen Frühling

Katharina Wagner

01.3/2014

Katharina Wagner

## **Die MENA-Politik der Europäischen Union – moralischer Anspruch und politische Wirklichkeit im Arabischen Frühling**

*Der Essay argumentiert, dass das Selbstverständnis der Europäischen Union dem Konzept der Normativmacht nach Manners entspricht. Dieses Selbstbild muss sich vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings an der Wirklichkeit messen lassen. Die MENA-Politik der EU wird dazu auf drei zeitlichen Ebenen betrachtet. Vor dem Ausbruch der Unruhen in der arabischen Welt stand die offizielle Politik in Form des Barcelona-Prozesses und der ENP im Widerspruch zur Realität, die durch die enge, durch Eigeninteressen motivierte Zusammenarbeit mit autoritären Regimen geprägt war. Die unmittelbare Reaktion der EU auf den Ausbruch des Arabischen Frühlings fiel dagegen äußerst zögerlich aus. An den Beispielen Tunesiens und Libyens werden zwei zentrale Merkmale der europäischen Politik während der Unruhen deutlich. Das primäre Leitmotiv der EU waren nicht ihre Core Values, sondern Eigeninteressen, die zu widersprüchlichen Signalen an die betroffenen Länder führten. Daneben fehlte es der Europäischen Union infolge mangelnder interner Einigkeit an geschlossenem Auftreten.*

*Beide Ebenen erweisen sich als geprägt von einem Widerspruch zwischen Anspruch und Realität, der zum Glaubwürdigkeitsverlust der Europäischen Union in der arabischen Welt führt. Die bisherige europäische MENA-Politik wird damit als obsolet betrachtet.*

*Der zukünftige Kurs der EU, in Reaktion auf den Arabischen Frühling, soll von der Neuen ENP bestimmt sein, welche in ihren Hauptpunkten jedoch nicht wirklich neu ist. Ihr Erfolg wird daher von ihrer konsequenten Umsetzung und einem geänderten Verhalten der EU abhängen.*

## **1. Einleitung**

“[T]he EU has a responsibility to work for the "global common good".

That is a fitting way of describing the EU's global role and ambition.”<sup>1</sup>  
(Javier Solana)

Diese aus dem Jahr 2005 stammende Erklärung des damaligen Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik beschreibt kurz und prägnant das Bild, das sich die EU von sich selbst macht und mit welchem sie auch gerne vom Rest der Welt wahrgenommen werden möchte. Die Europäische Union versteht sich als „Kraft für das Gute“<sup>2</sup>, die sich nicht nur im Inneren, im Umgang mit den eigenen Bürger, sondern auch in ihrer Außenpolitik von einer Reihe von *Core Values* leiten lässt, welche sie auch in den Drittstaaten propagiert.

Diesen grundlegenden Werte – Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte – in unmittelbarer Nachbarschaft der EU, nur getrennt durch das Mittelmeer, im sogenannten Arabischen Frühling folgend, entbrannten im Maghreb und dem Mittleren Osten – kurz MENA – eine Serie von Unruhen und Protesten, die teilweise jahrzehntealte Diktaturen stürzte und die Region bis heute nicht zur Ruhe kommen lässt.

Eingedenk ihres Selbstbildes sollte die Union diesen Wunsch nach Selbstbestimmung nicht nur begrüßt, sondern auch nach Kräften unterstützt haben. Vielleicht sogar teilweise auf ihre eigenen außenpolitischen Bemühungen der letzten Jahrzehnte zurückführen können. Inwieweit dies der Fall ist und die EU ihren formulierten Werten gerecht wurde oder ob die politische Real-

<sup>1</sup> Solana, Javier: Shaping an Effective EU Foreign Policy. Rede vor der Konrad Adenauer Stiftung vom 24.01.2005 ( [http://www.eu-un.europa.eu/articles/fr/article\\_4251\\_fr.htm](http://www.eu-un.europa.eu/articles/fr/article_4251_fr.htm), letzter Zugriff am: 19.09.2012).

<sup>2</sup> Niemann, Arne/Junne, Gerd: Europa als normative Macht?, in: Simonis, Georg/Elbers, Helmut (Hrsg.): Externe EU-Governance, Wiesbaden 2011, S. 110.

tät letztlich doch hinter den eigenen moralischen Ansprüchen zurückbleibt, soll in der vorliegenden Arbeit genauer betrachtet werden.

Dazu soll als erstes das Konzept der Normativmacht als Idealtypus der EU-Politik eingeführt und erläutert werden. Auf Basis dessen wird die europäische MENA-Politik der vergangenen Jahrzehnte kritisch beleuchtet, bevor das konkrete Verhalten der Union im Arabischen Frühling an den Beispielen Tunesien und Libyen auf ihre Konformität mit den eigenen Werten hin untersucht wird. Abschließend soll auf den zukünftigen Kurs der EU in der Region und die davon zu erwartenden Änderungen eingegangen werden.

## 2. Das Konzept der ‚normative power‘

### 2.1 Definition nach Manners (2002)

Das Konzept der Normativen Macht wurde maßgeblich von dem Politologen Ian Manners in seinem 2002 erschienen Essay *Normative Power Europe: a Contradiction in Terms?* geprägt und erfreute sich in den letzten zehn Jahren großer Aufmerksamkeit im Diskurs um die externen Beziehungen der EU.

Manners beschreibt dabei normative power als die „power of ideas and norms“, die die Fähigkeit verleiht, „to shape conceptions of ‘normal‘ in international relations“<sup>3</sup> Eine weitere Definition von Niemann und Junne definiert normative Macht als die „Möglichkeit, Standards zu setzen hinsichtlich eines angemessenen Verhaltens, nach dem sich die Erwartungen von Akteuren richten“.<sup>4</sup>

Der Begriff der Normativen Macht wurde in Abgrenzung bzw. als Ergänzung zu den Konzepten der Militär- und der Zivilmacht explizit im Hinblick auf die Europäische Union entwickelt, da dieser ein normativer Unterschied zu anderen internationalen

Akteuren zugeschrieben wird. Dieser resultiert aus ihrem historischen Kontext, der hybriden Form aus supranationalen und intergouvernementalen Elementen und des auf Verträgen basierenden Regelwerks.<sup>5</sup> Davon ausgehend orientiert sich die Normativmacht nicht nur in ihrem eigenen Handeln an einer Reihe von grundlegenden Werten; da diese Normen als nicht spezifisch europäisch, sondern als universell verstanden werden, sollen sie auch über die Beziehungen zu Drittstaaten weiter verbreitet werden.

Zu diesen *Core Values*, die u.a. im Vertrag von Lissabon verankert sind, zählen Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. In Art. 21 des Vertrages wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Werte nicht nur für das Zusammenleben innerhalb der EU gelten, sondern auch in ihrer Außenpolitik Anwendung finden und so deren Einhaltung in Drittstaaten gefördert werden sollen<sup>6</sup>. Niemann und Junne machen daneben noch vier weitere, untergeordnete Normen aus: soziale Solidarität, Antidiskriminierung, nachhaltige Entwicklung und good governance.<sup>7</sup> Die Verbreitung der *Core Values* durch die normative Macht kann bei Manners auf sechs Arten erfolgen<sup>8</sup>, die alle einem soft power-Ansatz entsprechen. Ihre Übernahme durch die Empfängerstaaten bzw. -gesellschaften erfolgt freiwillig infolge positiver Anreize durch die EU oder weil sie als wünschenswert und richtig erkannt werden.

<sup>5</sup> Vgl.: Bendiek, Annegret/Kramer, Heinz: Die europäische Politik der interregionalen Beziehungen und „strategischen Partnerschaften“. Hegemoniale Politik im neuen Gewand? Diskussionspapier, Berlin 2008, S. 15.

<sup>6</sup> Vgl.: Amtsblatt der Europäischen Union: Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union vom 09.05.2008, Art. 21 ([http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M\\_DE.pdf](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf), letzter Zugriff am: 19.09.2012).

<sup>7</sup> Vgl.: Niemann /Junne: Europa als normative Macht?, a.a.O., S. 107.

<sup>8</sup> Vgl.: Manners: Normative Power Europe, a.a.O., S. 244f.

<sup>3</sup> Manners, Ian: Normative Power Europe. A Contradiction in Terms?, in: Journal of Common Market Studies, 40 (2002), Nr. 2, S. 238f.

<sup>4</sup> Niemann /Junne: Europa als normative Macht?, a.a.O., S. 106.

## 2.2 Normativmacht und Eigeninteressen

Das Konzept der Normativmacht ist ein Idealtypus. Selbst in Ländern, wo bestimmte Werte und Normen als erstrebenswert und als universeller Leitfaden verstanden werden, werden in der Realität immer Eigeninteressen auftreten – Handelsinteressen, Sicherheitsinteressen, etc. – welche zu einem Zielkonflikt führen können. Eigeninteressen und Normen müssen sich natürlich nicht immer ausschließen; doch genau dort, wo sie divergieren, muss sich die normative Macht beweisen.<sup>9</sup> Bei Konfliktlosigkeit ist es leicht moralische Überzeugungen zu vertreten; ihre Wahrheithaftigkeit zeigt sich erst, wenn ihre Einhaltung auf Kosten von Eigeninteressen geht. Auch für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die sich als normative Macht im Sinn einer Kraft für das Gute verstehen, bedeutet dies, dass sie sich in der Realität als „genuin normativer Akteur“<sup>10</sup> erst beweisen müssen. Ob dies in Hinblick auf die Beziehungen zu den Staaten der MENA-Region gelungen ist oder doch Eigeninteressen das politische Handeln leiteten, soll im Weiteren untersucht werden.

## 3. Die MENA-Politik der EU im Vorfeld des Arabischen Frühlings

### 3.1 Anspruch und Wirklichkeit

Die EU wurde vom Ausbruch des Arabischen Frühlings zweifelsohne überrascht. Die seit den 90er Jahren angestrebte engere Kooperation mit der MENA-Region und die Demokratisierungsbemühungen hatten offensichtlich nicht ausgereicht, um bei den europäischen Partnern ein Verständnis für die Bedürfnisse und Probleme der Bevölkerung zu schaffen und so die Welle von Aufständen vorzusehen.

Um diesen vermeintlichen Widerspruch zu verstehen, soll ein genauerer Blick auf die

EU-Politik der letzten eineinhalb Jahrzehnte geworfen werden. Die 1995 im Barcelona-Prozess entstandene Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) und die 2004 beschlossene Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zielten beide – zumindest auf dem Papier – auf eine Förderung westlicher *Core Values* wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte und auf eine engere Zusammenarbeit und eine nachhaltige Entwicklung der MENA-Region ab.<sup>11</sup> In der Realität waren die Beziehungen der EU zu den Staaten südlich des Mittelmeeres geprägt von der engen Zusammenarbeit mit den autoritären antidemokratischen Regimen. Besondere Verhältnisse herrschten infolge der kolonialen Vergangenheit vor allem zwischen Frankreich und dem tunesischen Diktator Ben Ali und zwischen Italien und Muammar Gaddafi, der aufgrund der geographischen Nähe zwischen Libyen und Italien als zentraler Verbündeter in der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge galt.<sup>12</sup>

Die 2007 maßgeblich von Nicolas Sarkozy ins Leben gerufene Union für das Mittelmeer (UfM) machte nicht nur die Uneinigkeit innerhalb der EU in außenpolitischen Fragen deutlich (siehe 4.3), sondern klammerte auch ganz offen reformpolitische Fragen aus, indem sie sich ganz auf die wirtschaftliche Kooperation konzentrierte und diese unabhängig von demokratischen Reformen machte. Zudem wurde die UfM unter französisch-ägyptischer Co-Präsidentschaft gegründet und zeigte somit auch die Akzeptanz des Mubarak-Regimes durch die EU und dessen Unterstützung.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Vgl.: Elbers, Helmut/Fiebich-Dinkel, Carina: Mittelmeergovernance, in: Simonis, Georg/Elbers, Helmut (Hrsg.): Externe EU-Governance, Wiesbaden 2011, S. 198.

<sup>12</sup> Vgl.: Saif, Ibrahim: Arabische Führer und westliche Länder. Tausch der Demokratie gegen Geschäftsinteressen, vom 21.03.2012, S. 1

(<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/125329/arabische-fuehrer-und-westliche-laender>, letzter Zugriff am: 19.09.2012).

<sup>13</sup> Vgl.: Hollis, Rosemary: No friend of democratization. Europe's role in the genesis of the "Arab spring", in: International Affairs, 88 (2012), Nr. 1, S. 88.

<sup>9</sup> Vgl.: Niemann /Junne: Europa als normative Macht?, a.a.O., S. 111.

<sup>10</sup> Ebd., S. 110.

Während die geschäftlichen Beziehungen zur Region beständig wuchsen und z.B. Syrien bis 2011 90% seines Erdöls in die EU exportierte, zahlte die EU finanzielle Hilfen an die Regime, ohne irgendeine Kontrolle über deren Verwendung zu haben.<sup>14</sup>

So muss sich die EU den Vorwurf gefallen lassen, Werte wie Demokratie und Menschenrechte zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu propagieren, tatsächlich jedoch durch die realpolitische Zusammenarbeit mit autoritären Regimen ebendiese Werte mit Füßen zu treten.

### 3.2 Motive für die Unterstützung autoritärer Regime

Die Gründe hierfür sind vielfältig, laufen aber letztlich alle darauf hinaus, dass die Diktatoren, die oft seit Jahrzehnten an der Macht waren, als Stabilitätsgaranten betrachtet wurden und so aufgrund der geographischen Nähe der MENA-Region zu Europa dem Sicherheitsbestreben der EU Rechnung trugen.<sup>15</sup>

Zum einen sah man, vor allem nach dem 9. September 2001 in den Regimen den wirksamsten Schutz gegen den Terrorismus und Islamismus. 2005 erhielt die Muslimbruderschaft in Ägypten knapp 20% der Parlamentssitze, im Libanon gelangte die Hisbollah in die Regierungskoalition und die Hamas ging 2006 als Sieger aus den Wahlen in Palästina hervor – und das alles über demokratische Instrumente. Dies schürte die Angst vor einer Stärkung islamistischer Kräfte im Falle einer verstärkten Demokratisierung und bestätigte die EU in ihrem Festhalten an den autoritären Regimen.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Vgl.: Saif: Arabische Führer und westliche Länder, a.a.O., S. 1.

<sup>15</sup> Vgl.: Freudenstein, Roland: The Arab Spring. What's in it for us?, in: European View, 10 (2011), S. 68.

<sup>16</sup> Vgl.: Schäfer, Isabel: Revolution bei den südlichen Nachbarn – Zeit für eine neue Politik der EU gegenüber der arabischen Welt, vom 07.03.2011 ([http://www.boell.de/weltweit/europa\\_nordamerika/europa-nordamerika-revolution-eu-tunesien-libyen-aegypten-mittelmeerunion-11388.html](http://www.boell.de/weltweit/europa_nordamerika/europa-nordamerika-revolution-eu-tunesien-libyen-aegypten-mittelmeerunion-11388.html), letzter Zugriff am: 19.09.2012).

Außerdem sah die Europäische Union in diesen Herrschern enge Verbündete bei der Eindämmung von Migrationsströmen und befürchtete, dass politische Umbrüche und Instabilität in der MENA mit neuen Flüchtlingswellen nach Europa einhergehen würden.<sup>17</sup>

Die Sorge um die Sicherheit und die Stabilität der Region schloss darüber hinaus auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Autokraten zum Vorteil europäischer Staaten und die Abhängigkeit Europas vom Import von Erdöl und Erdgas mit ein, das heißt die Angst vor Engpässen in der Energieversorgung, die aus einer Instabilität der arabischen Welt resultieren könnten.<sup>18</sup>

Die jahrzehntelange Unterstützung autoritärer Regime in der Region war somit Ergebnis und Ausdruck kurzfristiger sicherheitspolitischer Überlegungen und ökonomischer Interessen der EU-Staaten, denen Priorität über Demokratisierung und nachhaltige Entwicklung der südlichen Nachbarn eingeräumt wurden.<sup>19</sup> Eben diese *Securitisation* und das Vertrauen in Diktaturen als endgültigem Garant für Kontinuität haben sich mit Ausbruch der Unruhen in der arabischen Welt im Dezember 2010 als grundlegende Fehleinschätzung des Westens erwiesen. Es hat sich gezeigt, dass die Regime anstatt zu vermeintlicher Stabilität in Wirklichkeit nur zu jahrelanger Stagnation geführt hatten.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl.: Saif: Arabische Führer und westliche Länder, a.a.O., S. 1.

<sup>18</sup> Vgl.: Eran, Oded: The West Responds to the Arab Spring, in: Strategic Assessment, 14 (2011), Nr. 2, S. 23.

<sup>19</sup> Vgl.: Tocci, Nathalie: State (un)Sustainability in the Southern Mediterranean and Scenarios to 2030. The EU's Response, in: MEDPRO Policy Papers, Nr. 1 (2011), S. 2.

<sup>20</sup> Vgl.: Driss, Ahmed: The EU Response to the Arab Uprising. A Show of Ambivalence, in: Alcaro, Riccardo/Haubrich-Seco, Miguel (Hrsg): Rethinking Western Policies in Light of the Arab Uprisings, Rom 2012, S. 101f.

#### 4. Die unmittelbare Reaktion der EU auf den Arabischen Frühling

Die Motive für die enge Kooperation mit den autoritären Regimen erklären natürlich auch die zunächst sehr zögerliche Unterstützung der EU für die Demonstranten. Während der Arabische Frühling, gerade zu Beginn mit der Jasmin-Revolution in Tunesien, in vielen Teilen der Welt Euphorie auslöste und als friedlicher Kampf der arabischen Völker um mehr Selbstbestimmung und Freiheit gefeiert wurde, reagierte die EU äußerst zurückhaltend.<sup>21</sup> Schließlich bedeuteten die Unruhen genau die Instabilität gegen die sich die EU-Politik abzusichern versuchte, auch wenn sie grundsätzlich Ziele verfolgten welche die Union begrüßen mochte.

##### 4.1 Das Beispiel Tunesien

Das volle Ausmaß dieser Zurückhaltung zeigt sich am Fall Tunesiens. Der Staat galt lange als der *Musterschüler* des Maghreb und konnte sich Hoffnungen darauf machen, aufgrund der von der EU-Kommission attestierten „weiteren Fortschritte in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Regierungsführung“<sup>22</sup> noch im Sommer 2011 den Status eines *fortgeschrittenen Partners* der EU zu erlangen. Trotz dieser Einschätzung des Westens brach sich im Dezember 2010 die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Tunesien als erstes Bahn und löste ein Flächenbrand in der arabischen Welt aus.

Während der vier Wochen andauernden, friedlichen Demonstrationen war die EU vollkommen abwesend: man beschränkte sich auf ein verschärftes Beobachten der Lage und erklärte bis zuletzt noch nicht einmal verbal seine Solidarität mit den

Aufständischen<sup>23</sup>. Da es sich um die ersten Unruhen handelte, hatte man offensichtlich die Hoffnung, es würde sich nur um ein Strohfeuer handeln; blieben die Aufstände erfolglos und Ben Ali im Amt, wollte man das tunesische Regime nicht unnötig aufbringen.<sup>24</sup>

Während also die Mehrheit der Mitgliedsstaaten einen *wait and see*-Ansatz verfolgte, stellte sich Frankreich offen hinter den Diktator. Die französische Außenministerin Alliot-Marie bot dem Regime noch drei Tage vor seinem Sturz das „Knowhow unserer Streitkräfte“ an, um „die Sicherheit zu regeln“<sup>25</sup> und am 14. Januar 2011, am Tag der Flucht Ben Alis ins Ausland, lagerten am Pariser Flughafen Tränengas und schussichere Westen, die laut Frachtpapieren für das tunesische Innenministerium bestimmt waren.<sup>26</sup> Erst nach dem Sturz Ben Alis gratulierte die EU plötzlich den Aufständischen und erst Wochen später begann die Union mit einer Reihe von Besuchen hochrangiger Offizieller, die politische und finanzielle Unterstützung zusagten, konkret zu handeln<sup>27</sup>; die EU selbst sieht dieses Vorgehen als „swift political support for the transition“.<sup>28</sup>

Die Europäische Union präsentierte sich also im Fall Tunesiens als in sich heterogener Zuschauer, der in seiner Passivität keinerlei Beitrag zur Jasmin-Revolution leistete und dessen plötzliche Unterstützung der siegreichen Demonstranten nur

<sup>21</sup> Vgl.: Perthes, Volker: Europa muss positiver auf die Umbrüche reagieren. Interview vom 09.02.2012 (<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/62675/interview-mit-volker-perthes>, letzter Zugriff am: 18.09.2012).

<sup>22</sup> Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas: Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 32.

<sup>23</sup> Vgl.: Driss: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 103.

<sup>24</sup> Vgl.: Schumacher, Tobias: The EU and the Arab Spring. Between Spectatorship and Actorness, in: Insight Turkey, 13 (2011), Nr. 3, S.115.

<sup>25</sup> Vgl.: Bensedrine, Sihem: Tunesien und Europa. "Ich oder die Taliban", in: Süddeutsche Zeitung vom 21.01. 2011, S. 1

(<http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesien-und-europa-ich-oder-die-taliban-1.1049184>, letzter Zugriff am: 19.09.2012).

<sup>26</sup> Vgl.: Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas: Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 33.

<sup>27</sup> Vgl.: Driss: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 103f.

<sup>28</sup> EU press release: The EU's response to the 'Arab Spring', MEMO/11/918 vom 16.12.2011 (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/918>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).

noch weiter zum Glaubwürdigkeitsverlust der EU beitrug. Die mangelnde Solidarität, die in den Folgemonaten durch den vor allem von Frankreich und Italien geführten harten Kurs in der medial hochgespielten Flüchtlingskrise deutlich wurde, half nicht, diesen Eindruck zu zerstreuen.<sup>29</sup>

## 4.2 Das Beispiel Libyen

Im Gegensatz dazu gelangte man im Falle Libyens auf dem EU-Sondergipfel am 11. März 2011 zunächst schnell zu einer Einigung. Einer deutsch-britischen Initiative folgend, beschloss die Europäische Union, dass „the EU member states will not cooperate or work with Gaddafi“<sup>30</sup> und forderte die Abdankung des Diktators als Voraussetzung für einen demokratischen Wandel in Libyen. Die EU ließ also, anders als im Fall Ben Ali, ihren ehemaligen Verbündeten Gaddafi ohne viel Federlesens fallen.

Freilich versäumte sie es in der Folgezeit, weitere konkrete Maßnahmen zu treffen: nicht alle Mitgliedsstaaten stimmten der von Frankreich geforderten Anerkennung des libyschen Übergangsrates zu; über die Einrichtung einer Flugverbotszone herrschte ebenfalls Uneinigkeit und der innereuropäischen Solidarität wurden angesichts der Konflikte zwischen Frankreich und Italien um die Aufnahme libyscher Migranten ihre Grenzen deutlich aufgezeigt.<sup>31</sup>

Auch die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen EU-Mitglieder fanden zu keinem einheitlichen Kurs. Während Großbritannien, Frankreich und Portugal am 17. März der UNO-Resolution 1973 zu einem militärischen Eingreifen in Libyen zustimmten, enthielt sich Deutschland trotz anfänglichen Engagements seiner Stimme – was angesichts der unmittel-

bar bevorstehenden Landtagswahlen in mehreren Bundesländern als innenpolitisches Kalkül gesehen werden muss, das Vorrang über die EU-Linie in der internationalen Krise genoss.<sup>32</sup> Letztlich beteiligten sich neun EU-Mitgliedsstaaten unter französisch-britischer Führung an der Libyen-Intervention. Vor allem der französische Präsident Sarkozy versuchte, sich medial als Helfer in der Krise zu inszenieren, um so sowohl das passive Verhalten Frankreichs und der EU in Tunesien und Ägypten als auch die frühere enge Partnerschaft mit Gaddafi vergessen zu machen.<sup>33</sup> Unabhängig davon stellte die aktive Intervention im Fall Libyen eine Ausnahme in der westlichen Reaktion auf den Arabischen Frühling dar; im Hinblick auf die Art des militärischen Eingreifens musste jedoch freilich nicht mit größeren Verlusten gerechnet werden und angesichts des eskalierenden Bürgerkrieges konnte eine schnelle Beendigung des Konfliktes den Interessen der EU nur entgegenkommen.<sup>34</sup> Insgesamt war das Verhalten der EU im Libyenkonflikt also geprägt von internem Dissens und war laut Colombo und Tocci als Antwort „too slow, too weak, too divided and essentially too incoherent“<sup>35</sup>

## 4.3 Prägende Merkmale der EU-Reaktion auf die Unruhen

Damit zeigen sich an den Beispielen Tunesien und Libyen zwei entscheidende Kennzeichen der EU-Politik in den Unruhen in der arabischen Welt.

<sup>29</sup> Vgl.: Driss: *The EU Response to the Arab Uprising*, a.a.O., S. 104.

<sup>30</sup> Vgl.: Schumacher: *The EU and the Arab Spring*, a.a.O., S. 116.

<sup>31</sup> Vgl.: Colombo, Silvia/Tocci, Nathalie: *The EU Response to the Arab Uprising. Old Wine in New Bottles?*, in: Alcaro, Riccardo/Haubrich-Seco, Miguel (Hrsg): *Re-thinking Western Policies in Light of the Arab Uprisings*, Rom 2012, S. 80.

<sup>32</sup> Vgl.: Annen, Nils: *Arabellion und die Ratlosigkeit der deutschen Politik*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4 (2011), S. 13.

<sup>33</sup> Vgl.: Simons, Stefan/Volkery, Carsten/Weiland, Severin: *Angst vor einem zweiten Afghanistan*, in: *Spiegel Online* vom 19. 04. 2011 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nato-einsatz-in-libyen-angst-vor-einem-zweiten-afghanistan-a-758032.html>, letzter Zugriff am: 18.09.2012).

<sup>34</sup> Vgl.: Eran: *The West Responds to the Arab Spring*, a.a.O., S. 18.

<sup>35</sup> Colombo/Tocci: *The EU Response to the Arab Uprising*, a.a.O., S. 80.

Zum einen machten die unterschiedlichen Reaktionen auf die Unruhen in den einzelnen MENA-Staaten und die ungleichen Signale, die an die Regime gesandt wurden deutlich, dass das Leitmotiv der EU nach wie vor primär die individuellen ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten und nicht moralische Beweggründe waren. Dies zeigte sich einerseits an der mehr als zögerlichen, passiven Zustimmung zum Arabischen Frühling und am langen Festhalten an ehemaligen Verbündeten wie Ben Ali und Mubarak, selbst als deren Rücktritt von der breiten Masse des eigenen Volkes so vehement gefordert wurde. Bei einem Staatenverbund, der Demokratie und Selbstbestimmung als Grundwerte versteht, lässt sich eine solche Haltung kaum nachvollziehen. Das aktivere Vorgehen der EU im Falle Libyens erklärt sich andererseits vor allem dadurch, dass der libysche Bürgerkrieg aufgrund seiner geographischen Nähe und seines Potentials, auf andere Länder überzugreifen, als viel größeres Sicherheitsrisiko für Europa und als Unruheherd in der unmittelbaren Nachbarschaft empfunden wurde. Dass auch hier letztendlich das Gefühl moralischer Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte eher eine Nebenrolle gespielt haben dürfte, zeigt der Fall Syrien, wo der Ruf nach einer Intervention erst laut wurde, als die zivilen Opferzahlen bereits um ein vielfaches höher als in Libyen waren; allerdings ist Syrien eben aus europäischer Sicht weiter entfernt, und zugleich ist es geopolitisch - als Allierter Irans und Frontstaat zu Israel – erheblich wichtiger.<sup>36</sup> Die EU-Politik im Arabischen Frühling war also geprägt von widersprüchlichem Vorgehen und Doppelstandards, die zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Europäischen Union nicht nur durch ihre frühere MENA-Politik, sondern eben auch durch ihren plötzlichen Kurs-

<sup>36</sup> Vgl.: Musharbash, Yassin: Warum niemand in Syrien eingreifen will, in: Spiegel Online vom 27.04.2011 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/proteste-warum-niemand-in-syrien-eingreifen-will-a-759249.html>), letzter Zugriff am: 20.09.2012).

wechsel in Bezug auf einzelne Staaten führten.

Zum zweiten war das Verhalten der Europäischen Union während der Revolutionen von der mangelnden internen Einigkeit beeinflusst; es fehlte an einem geschlossenen Auftreten und gemeinsamen Signalen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, wie das Beispiel Libyen hinreichend deutlich macht. Dabei waren es meist weniger divergierende außenpolitische Ansichten, die einem gemeinsamen Vorgehen im Weg standen, als vielmehr innenpolitische Interessen, denen die einzelnen Staaten Vorrang über eine einheitliche EU-Linie gaben. Diese Haltung ist keineswegs ein neu entstandenes Problem vor dem Hintergrund der arabischen Unruhen. Bereits die Debatten, die um den Vorschlag Sarkozys zur Gründung der UfM entbrannten und für die schließlich mehr schlecht als recht eine Kompromisslösung gefunden wurde, waren geprägt von der Uneinigkeit zwischen den zentral- und nordeuropäischen Mitgliedsstaaten einerseits und der mediterranen EU und Frankreich andererseits und zugleich von der Skepsis der südlichen Staaten selbst gegen einen französischen Alleingang zum eigenen Vorteil.<sup>37</sup> Ein weiteres Beispiel wäre auch das Ölembargo gegen Syrien, das die EU im September 2011 beschloss, das jedoch auf Druck Italiens erst im November in Kraft treten konnte: im November lief der Syrien-Vertrag des italienischen Ölkonzerns ENI aus, der durch die Libyenkrise ohnehin schon Einbußen verzeichnete.<sup>38</sup> Wo jedoch auf solche innenpolitischen Interessen einzelner Länder Rücksicht genommen werden muss, ist ein effektives und schnelles gemeinsames Handeln nicht möglich. Insgesamt wurden also uneinheitliche, teils mehrdeutige Signale an die Bevölkerung

<sup>37</sup> Vgl.: Posener, Alan: „Arabischer Frühling“ – Europäischer Herbst?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61 (2011), Nr. 39, S. 57f.

<sup>38</sup> Vgl.: Aufstand gegen Assad: EU verhängt Ölembargo gegen Syrien, in: Spiegel Online vom 02.09.2011 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/aufstand-gegen-assad-eu-verhaengt-oelbargo-gegen-syrien-a-784043.html>), letzter Zugriff am: 20.09.2012).



und Regime der betroffenen Staaten gesandt und scheinen sich die einzelnen EU-internen Interessen eher auseinander denn aufeinander zu entwickeln, sodass die bisherige europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der MENA-Region und die ENP im Licht des Arabischen Frühlings sicherlich als gescheitert betrachtet werden muss.<sup>39</sup>

## 5. Der zukünftige Kurs der EU

### 5.1 Eine überarbeitete ENP

Diese Tatsache musste natürlich auch die EU selbst erkennen und man muss ihr zugestehen, dass eine Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik bereits beschlossen und in Gang war, als die Unruhen in der arabischen Welt im Dezember 2010 ausbrachen.<sup>40</sup> So wurde bereits im März 2011, also ungewöhnlich schnell, als erste Reaktion auf die Geschehnisse eine *Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeer* vorgeschlagen, welche im Mai 2011 mit dem Beschluss einer *New Response to a Changing Neighbourhood* erweitert wurde und letztlich eine neue ENP bedeutet.<sup>41</sup> Diese soll die MENA-Staaten bei zwei großen Herausforderungen unterstützen, beim Aufbau einer *Deep Democracy* und bei der Sicherung von „inclusive and sustainable economic growth and development“<sup>42</sup>, welches als notwendige Grundlage eines nachhaltigen demokratischen Wandels erkannt wurde. Die Hilfen, die auf bilateraler Basis den länderspezifischen Bedürfnissen gerecht werden sollen, wurden unter dem Schlag-

wort der 3 *M's* zusammengefasst – *money*, *mobility* und *markets*.<sup>43</sup>

Der monetäre Aspekt beinhaltet dabei eine Aufstockung der finanziellen Hilfen, z.B. durch das im September 2011 lancierte, 350 Millionen Euro schwere *SPRING-Programm*<sup>44</sup>, und der Gewährung umfangreicher zusätzlicher Kredite an die MENA-Staaten durch die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Dadurch soll eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung in Gang gesetzt und politische Reformen unterstützt werden.<sup>45</sup>

Ein Ausbau des *Erasmus Mundus*-Programms, das universitäre Austauschstipendien finanziert und Mobilitätspartnerschaften mit einzelnen Ländern der Region, welche unter anderem eine Liberalisierung des Visa-Systems beinhalten, sollen die zirkuläre Migration fördern.<sup>46</sup> Zudem wurde den MENA-Staaten ein verbesserter Zugang und die mögliche Aufnahmen in den EU-Binnenmarkt über *Deep and Comprehensive Free Trade Agreements*, wie sie teils mit den ehemaligen Ostblockstaaten geschlossen wurden, in Aussicht gestellt.

Die neue ENP geht dabei nicht von bedingungslosen Hilfen aus, sondern macht ihre Unterstützung unter dem Schlagwort *more for more* abhängig von den Fortschritten bei demokratischen Reformen und bei der Rechtsstaatlichkeit.<sup>47</sup> Dieses Kernprinzip der Konditionalität ist nicht neu, soll jedoch jetzt ganz anderes Gewicht erhalten und wurde um ihr negatives Gegenstück, einem *less for less*, ergänzt. Das heißt, dass Hilfen und Begünstigungen bei ausblei-

<sup>39</sup> Vgl.: Schumacher: *The EU and the Arab Spring*, a.a.O., S. 117.

<sup>40</sup> Vgl.: Colombo/Tocci: *The EU Response to the Arab Uprising*, a.a.O., S. 86.

<sup>41</sup> Vgl.: Driss: *The EU Response to the Arab Uprising*, a.a.O., S.105.

<sup>42</sup> EU press release: *The EU's response to the 'Arab Spring'*, MEMO/11/918 vom 16.12.2011, S. 1 (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/918>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).

<sup>43</sup> Vgl.: ebd.

<sup>44</sup> Vgl.: EU press release: *EU response to the Arab Spring: the SPRING Program*, MEMO/11/636 vom 27.09.2011 (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/636&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).

<sup>45</sup> Vgl.: Tocci: *State (un)Sustainability in the Southern Mediterranean and Scenarios to 2030*, a.a.O., S. 10f.

<sup>46</sup> Vgl.: Freudenstein: *The Arab Spring*, a.a.O., S. 71.

<sup>47</sup> Vgl.: Eran: *The West Responds to the Arab Spring*, a.a.O., S. 24.

benden Reformen oder Rückschritten auch wieder entzogen werden können.<sup>48</sup>

Eine neue Komponente der überarbeiteten ENP soll die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft sein, die in die verschiedenen Partnerschaften miteingeschlossen werden soll und mit deren Akteuren die EU den verstärkten Dialog suchen will.<sup>49</sup>

## 5.2 Beurteilung der neuen ENP

Die EU hat ihre Lehren aus der gescheiterten Politik der letzten Jahrzehnte gezogen und – zumindest auf den ersten Blick – umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um auf die Herausforderungen einer veränderten politischen Lage in der MENA-Region zu reagieren.

Allerdings sind die Hauptpunkte der neuen ENP, allen voran das Prinzip der Konditionalität, nicht wirklich etwas neues, sondern waren schon Bestandteil des 2004 aufgelegten Frameworks und wurden nur, aus bereits aufgeführten Gründen, nicht konsequent verfolgt. Der Erfolg der EU-Politik in den kommenden Jahren hängt also nach wie vor von der Umsetzung ab. Auch wenn zumindest im Moment mehr Wille zum Handeln gegeben zu sein scheint, muss sich die EU in den nächsten Jahren erst beweisen. Sowohl in der energischen Kontrolle der Einhaltung der Konditionalität durch die Empfängerstaaten als auch im Umgang mit den eigenen *Core Values*.<sup>50</sup> Doch auch wie diese Kontrolle erfolgen soll und wer entscheidet, welche reformpolitischen Fortschritte welcher Entlohnung verdienen, muss im Grunde erst geklärt werden.

Eine ähnliche Problemlage findet sich beim Aspekt der Zivilgesellschaft. Wenn die Umsetzung gelingt, wäre die stärkere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen – als Vertreter aller Gruppen der Bevölkerung und als Basis demokratischer

Opposition – sicherlich ein guter und wichtiger Ansatz, der auch den Wünschen der Betroffenen selbst entspräche. Allerdings muss sich eben auch hier erst noch zeigen, wie die Umsetzung in die Praxis erfolgen soll und aus EU-Sicht förderwürdige Gruppen aus der Masse vor Ort ausgewählt werden sollen.<sup>51</sup>

Die *Deep and Comprehensive Free Trade Agreements*, die einigen arabischen Staaten als erweiterter Zugang zum EU-Markt in Aussicht gestellt wurden, bieten keinen echten Anreiz. Für die osteuropäischen Staaten, mit denen solche Abkommen nach dem Fall der Sowjetunion geschlossen wurden und die hier als Vorbild dienten, waren die DCFTAs ein Mittel zur ökonomischen Annäherung, die langfristig die Chance bieten sollte, in die EU aufgenommen zu werden. Für die MENA-Region ist diese Möglichkeit weder realistisch, noch von der EU oder den betroffenen Staaten gewollt. Ohne diese Option erfordern die Agreements aber nur eine starke, einseitige Anpassung der Wirtschaft an EU-Regulierungen, ohne dass von Seiten der EU eine entsprechende Gegenleistung erfolgen würde.<sup>52</sup> Im Kontext der neuen ENP solche Verträge zu schließen, kostet die EU also wenig, bringt aber eben auch als vermeintliche Hilfe der Gegenseite wenig Nutzen und offenbart letztlich doch wieder die Priorität des europäischen Sicherheitsdenkens.

Das gleiche Prinzip liegt den Mobilitätspartnerschaften zugrunde. Hier wurden den vorsichtigen Visa-Liberalisierungen zugunsten der arabischen Länder weitreichende Vorgaben zur Deckung der EU-Sicherheitsvorstellungen und Bestimmungen zu Frontex gegenübergestellt.<sup>53</sup> Diese relativieren die Demokratisierungsbemühungen der EU wieder; vor allem in der Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Europäische Union sich

---

<sup>48</sup> Vgl.: Tocci: State (un)Sustainability in the Southern Mediterranean and Scenarios to 2030, a.a.O., S.11.

<sup>49</sup> Vgl.: Colombo/Tocci: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 91.

<sup>50</sup> Vgl.: Driss: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 108ff.

---

<sup>51</sup> Vgl.: ebd.

<sup>52</sup> Vgl.: Colombo/Tocci: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 92.

<sup>53</sup> Vgl.: Driss: The EU Response to the Arab Uprising, a.a.O., S. 106.

nicht um die Sicherheit ihrer Grenzen und Bürger kümmern darf und muss. Aber eine *Partnerschaft*, die letztlich einseitig nur dem einen Partner Vorteile bringt, dient nicht dazu, die Glaubwürdigkeit der EU wieder herzustellen.

Insgesamt ist die neue ENP, trotz genannter Grenzen, ein richtiger Ansatz und es soll ihr an dieser Stelle nicht der Wille abgesprochen werden, demokratische Grundwerte in der MENA-Region zu fördern; sie muss sich aber in der Realität erst noch in ihrer konsequenten Umsetzung beweisen. Sicherlich stellt sie nicht mehr als einen ersten Schritt dar, über deren Bestimmungen hinaus die EU weitere Mittel und Wege finden muss, um die MENA-Staaten wirksam und nachhaltig zu unterstützen. Freudenstein regt hierzu z. B. an, die osteuropäischen Länder stärker mit einzubeziehen und deren direkte Erfahrungen mit dem Wandlungsprozess und dem Aufbau demokratischer Strukturen besser zu nutzen.<sup>54</sup>

## 6. Fazit

Die europäische MENA-Politik der letzten Jahrzehnte war geprägt von einem Widerspruch zwischen dem moralischen Anspruch, der in den Frameworks verankert wurde und der Realität, in der eigene ökonomische und sicherheitspolitische Interessen Priorität genossen. Die propagierten und von anderen Staaten geforderten Werte wurden nicht nach allen Kräften gefördert bzw. wurde um einer - wie sich zeigte trügerischen - Stabilität willen mit Diktaturen kooperiert, die diese Werte mit Füßen traten, was für die EU heute zu einem Mangel an Glaubhaftigkeit führt. Im Arabischen Frühling fehlte es der Europäischen Union an einer klaren Linie und an einheitlichen Signalen an die Aufständischen und Regime. Wie in der Arbeit erläutert wurde, wurde das Verhalten der EU weiterhin in offensichtlicher Weise von den eigenen

Interessen geleitet und war teilweise, wie im Fall der *schnellen* Unterstützung der Demonstranten *nach* dem Sturz Ben Alis in Tunesien, nicht glaubwürdig. Die Europäische Union wurde in ihrem Umgang mit der Krise ihren eigenen Werten und Ansprüchen nicht gerecht und büßte ihre Glaubwürdigkeit als normative Macht ein. Selbst dort wo es von der Union angestrebt wurde, war ein schnelleres, effektiveres Handeln in den Unruhen aufgrund interner Differenzen und der Priorisierung innenpolitischer Interessen durch einzelne Länder kaum möglich. Letztendlich fehlt es der EU trotz des Vertrages von Lissabon an geschlossenem Auftreten und der Möglichkeit, eine effektive, einheitliche Außenpolitik zu betreiben.

Der Arabische Frühling war sicher nicht EU-gemacht und es muss auch in erster Linie Sache der betroffenen Staaten und Völker und nicht Europas sein, die Weichen für ihre neue Gesellschaftsordnung zu stellen. Wenn die Europäische Union jedoch all diejenigen Gefahren einer instabilen Nachbarschaft, die sie ehemals mithilfe von Despoten zu verhindern versuchte - Terrorismus, Migrationsströme, Handelsverluste, etc. -, auch in Zukunft eindämmen will, muss sie sich in Zukunft klar von früheren Methoden distanzieren und ehrlich darum bemühen, Lösungen anzubieten, die nicht nur für die EU selbst, sondern auch für die MENA-Region von Vorteil sind; nur so kann sie ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dass die neue ENP wirklich neu ist, wird sie erst noch in ihrer Umsetzung beweisen müssen.

---

<sup>54</sup> Vgl.: Freudenstein: *The Arab Spring*, a.a.O., S. 70f.

## Literaturverzeichnis

- Alcaro, Riccardo/Haubrich-Seco, Miguel* (Hrsg.): Re-thinking Western Policies in Light of the Arab Uprisings, Rom 2012.
- Amtsblatt der Europäischen Union*: Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union vom 09.05.2008 ([http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M\\_DE.pdf](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf), letzter Zugriff am: 19.09.2012).
- Annen, Nils*: Arabellion und die Ratlosigkeit der deutschen Politik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4 (2011), S. 11-17.
- Aufstand gegen Assad*: EU verhängt Ölembargo gegen Syrien, in: Spiegel Online vom 02.09.2011 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/aufstand-gegen-assad-eu-verhaengt-oelembargo-gegen-syrien-a-784043.html>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).
- Bendiek, Annegret/Kramer, Heinz*: Die europäische Politik der interregionalen Beziehungen und „strategischen Partnerschaften“. Hegemoniale Politik im neuen Gewand? Diskussionspapier, Berlin 2008.
- Bensedrine, Sihem*: Tunesien und Europa. "Ich oder die Taliban", in: Süddeutsche Zeitung vom 21.01.2011 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesien-und-europa-ich-oder-die-taliban-1.1049184>, letzter Zugriff am: 19.09.2012).
- Colombo, Silvia/Tocci, Nathalie*: The EU Response to the Arab Uprising: Old Wine in New Bottles?, in: Alcaro, Riccardo/Haubrich-Seco, Miguel (Hrsg.): Re-thinking Western Policies in Light of the Arab Uprisings, Rom 2012, S. 71-96.
- Driss, Ahmed*: The EU Response to the Arab Uprising: a Show of Ambivalence, in: Alcaro, Riccardo/Haubrich-Seco, Miguel (Hrsg.): Re-thinking Western Policies in Light of the Arab Uprisings, Rom 2012, S. 97-110.
- Georg/Elbers, Helmut* (Hrsg.): Externe EU-Governance, Wiesbaden 2011, S. 197-220.
- Eran, Oded*: The West Responds to the Arab Spring, in: Strategic Assessment, 14 (2011), Nr. 2, S. 15-28.
- EU press release*: EU response to the Arab Spring: the SPRING Program, MEMO/11/636 vom 27.09.2011 (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/636&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).
- EU press release*: The EU's response to the 'Arab Spring', MEMO/11/918 vom 16.12.2011 (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/918>, letzter Zugriff am: 20.09.2012).
- Freudenstein, Roland*: The Arab Spring. What's in it for us?, in: European View, 10 (2011), S. 67-72.
- Hollis, Rosemary*: No friend of democratization. Europe's role in the genesis of the "Arab spring", in: International Affairs, 88 (2012), Nr. 1, S. 81-94.
- Manners, Ian*: Normative Power Europe. A Contradiction in Terms?, in: Journal of Common Market Studies, 40 (2002), Nr. 2, S. 235-252.
- Musharbash, Yassin*: Warum niemand in Syrien eingreifen will, in: Spiegel Online vom 27.04.2011 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/prot-este-warum-niemand-in-syrien-eingreifen-will-a-759249.html>, letzter Zugriff 20.09.2012).
- Niemann, Arne/Junne, Gerd*: Europa als normative Macht?, in: Simonis, Georg/Elbers, Helmut (Hrsg.): Externe EU-Governance, Wiesbaden 2011, S. 103-131.
- Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas*: Die arabische Revolution, Berlin 2011.
- Perthes, Volker*: Europa muss positiver auf die Umbrüche reagieren. Interview vom 09.02.2012 (<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/62675/interview-mit-volker-perthes>, letzter Zugriff am: 18.09.2012).
- Posener, Alan*: „Arabischer Frühling“ – Europäischer Herbst?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61 (2011), Nr. 39, S. 57-62.
- Saif, Ibrahim*: Arabische Führer und westliche Länder. Tausch der Demokratie gegen Geschäftsinteressen, vom 21.03.2012 (<http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/125329/arabische-fuehrer-und-westliche-laender>, letzter Zugriff am: 19.09.2012).
- Schäfer, Isabel*: Revolution bei den südlichen Nachbarn – Zeit für eine neue Politik der EU gegenüber der arabischen Welt, vom 07.03.2011 (<http://www.boell.de/weltweit/europanordamerika/europa-nordamerika-revolution-eu-tunesien-libyen-aegypten-mittelmeerunion-11388.html>, letzter Zugriff am: 19.09.2012).
- Schumacher, Tobias*: The EU and the Arab Spring. Between Spectatorship and Actorness, in: Insight Turkey, 13 (2011), Nr. 3, S. 107-119.

- Simonis, Georg/Elbers, Helmut (Hrsg.):* Externe EU-Governance, Wiesbaden 2011.
- Simons, Stefan/Volkery, Carsten/Weiland, Severin:* Angst vor einem zweiten Afghanistan, in: Spiegel Online vom 19.04.2011 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nato-einsatz-in-libyen-angst-vor-einem-zweiten-afghanistan-a-758032.html>, letzter Zugriff am: 18.09.2012).
- Solana, Javier:* Shaping an Effective EU Foreign Policy. Rede vor der Konrad Adenauer Stiftung vom 24.01.2005 ([http://www.eu-un.europa.eu/articles/fr/article\\_4251\\_fr.htm](http://www.eu-un.europa.eu/articles/fr/article_4251_fr.htm), letzter Zugriff am: 19.09.2012).
- Tocci, Nathalie:* State (un)Sustainability in the Southern Mediterranean and Scenarios to 2030. The EU's Response, in: MEDPRO Policy Papers, Nr. 1 (2011) (updated April 2012).

## Zu diesem Paper

Das vorliegende Paper entstammt der Sonderausgabe der Passauer Jean Monnet Papiere 01/2014: Alexandra M. Schmid (Hg.): „Arabische Zeitenwende? Chancen, Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union“. Die gesamte Ausgabe ist abrufbar unter: <http://www.phil.uni-passau.de/die-fakultaet/lehrstuehle-professuren/politikwissenschaft/european-studies/passauer-jean-monnetpapiere.html>.

## Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de) einreichen.

## Impressum

Universität Passau  
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik  
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau  
E-mail: [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de)  
Fon: +49 (0)851 509 2981  
Fax: +49 (0)851 509 2977  
[www.uni-passau.de/goeler](http://www.uni-passau.de/goeler)

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für  
lebenslanges  
Lernen